

Politische Vereine und Liberalismus 1848/49

Der Liberalismus in Deutschland war über die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts hinaus eng mit dem Vereinswesen verknüpft. Als zentrale Instrumente und Manifestationsformen gesellschaftlicher Selbstorganisation boten Vereine für Liberale die Möglichkeit, sich in Städten und Gemeinden zusammenzufinden und zu politischen Fragen auszutauschen. Zwar waren offen politische Vereine im Vormärz in der Regel verboten, doch konnten vorgeblich unpolitische Vereinszwecke der Tarnung für politische Betätigung dienen, etwa bei Lesevereinen oder geselligen Vereinen. Und wirtschaftliche Interessenorganisationen oder wissenschaftliche Gesellschaften konnten liberalen Persönlichkeiten ebenfalls ein Forum bieten, um ihre Kompetenzen unter Beweis zu stellen und einem größeren Publikum bekannt zu werden. Erst 1848 konnten politische Vereine offen auftreten und bildeten in der Revolutionszeit die wichtigsten außerparlamentarischen politischen Organisationen und die Grundlage für die Bildung von Frühformen politischer Parteien. Liberale und Demokraten, aber auch die Arbeiterbewegung, der politische Katholizismus und Konservative nutzten Vereine für die Verbreitung und Kommunikation ihrer Zielsetzungen, die Mobilisierung von Anhängern und als organisatorische Struktur zur Unterstützung ihrer Interessen. Nach unterschiedlichen politischen Richtungen getrennt, organisierten und kanalisierten politische Vereine den politischen Meinungsbildungsprozess und dehnten den Kreis staatsbürgerlicher Aktivität aus.¹

Nachfolgend soll es um dieses politische Vereinswesen der Revolutionszeit gehen, wobei die Darstellung auf die liberalen und demokratischen Vereine beschränkt ist. Es werden somit bei der Betrachtung des politischen Vereinswesens im liberalen Spektrum ausdrücklich auch demokratische Vereine mit einbezogen, obgleich sie vor allem in der Revolutionszeit in vieler Hinsicht Positionen bezogen, die sich von denen der konstitutionell-liberalen Vereine unterschieden. Dies betraf insbesondere die Frage der re-

1 Michael Wettengel: Parteibildung in Deutschland. Das politische Vereinswesen in der Revolution von 1848. In: Dieter Dowe/Heinz-Gerhard Haupt/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Europa 1848. Revolution und Reform. Bonn 1998, S. 701–738, hier S. 702; vgl. Dieter Langewiesche: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49. In: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 324–361.

publikanischen Staatsform, für die viele demokratische Vereine offen waren oder diese dezidiert anstrebten, die Frage des Wahlrechts und meist auch die Haltung zur sozialen Frage.² Einen deutschen Nationalstaat wollten dagegen sowohl Liberale als auch Demokraten, so dass die nationale Frage zwischen ihnen eher verbindend als trennend wirkte. Zwar ist in begriffs- und ideengeschichtlicher Perspektive auf die grundsätzliche konzeptionelle Verschiedenheit von Demokratie und Liberalismus hingewiesen worden.³ Von Konstitutionellen wurde der sogenannte „Radikalismus“ als „unechter“ oder „missverstandener“ Liberalismus bereits im Vormärz kritisiert.⁴ Dennoch gehörten Konstitutionell-Liberale und Demokraten zu dieser Zeit noch einer gemeinsamen Oppositionsbewegung gegen die Regierungen an.⁵ Vor dem Hintergrund der organisatorischen Entwicklung und der Biografien von Protagonisten werden die vormärzlichen Demokraten als „legitimer Sprößling“ beurteilt, „der vom liberalen Stamm brach“.⁶ Erst infolge des Wegfalls der Restriktionen und Verbote für politische Vereine in der Märzbewegung 1848 konnten eine Klärung der unterschiedlichen Positionen zwischen Liberalen und Demokraten und offene, nach politischen Richtungen getrennte Organisationsbildungen erfolgen.

1. Politische Netzwerke und die Entstehung des politischen Vereinswesens

Frühe Formen des politischen Vereinswesens entstanden nach Vorbildern in England und Frankreich bereits gegen Ende des 18. Jahrhunderts. In auf-

- 2 Dieter Langewiesche: Republik, Konstitutionelle Monarchie und „Soziale Frage“ – Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49. In: Ders.: Liberalismus und Sozialismus. Gesellschaftsbilder – Zukunftsvisionen – Bildungskonzeptionen, hrsg. von Friedrich Lenger. Bonn 2003, S. 137–152.
- 3 Für eine grundsätzliche Verschiedenheit argumentiert Uwe Backes: Liberalismus und Demokratie – Antinomie und Synthese. Düsseldorf 2000, der auf begriffs- und ideengeschichtlicher Grundlage zwei unterschiedliche politische Strömungen schon seit dem Vormärz feststellt. Vgl. zur begrifflichen Trennung, aber eher die Nähe betonend Jörn Leonhard: Liberalismus. Zur historischen Semantik eines europäischen Deutungsmusters. München 2001, S. 445–453.
- 4 So Paul Achatius Pfizer 1840, zit. nach Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland. Frankfurt a. M. 1988, S. 21.
- 5 Vgl. Dieter Hein: Partei und Bewegung. Zwei Typen moderner politischer Willensbildung. In: Historische Zeitschrift 263 (1996), S. 69–97, hier S. 77 f.
- 6 Dieter Langewiesche: Frühliberalismus und Bürgertum 1815–1849. In: Lothar Gall (Hrsg.): Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert. München 1997, S. 63–129, hier S. 103; Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen „Deutschen Doppelrevolution“ 1815–1845/49. München 1987, S. 431.

klärerischen patriotischen Gesellschaften und Lesevereinen wurden öffentliche Angelegenheiten diskutiert und Reformen angestoßen.⁷ Unter dem Einfluss der Französischen Revolution bildeten sich Vereine wie vor allem die 1792 in Mainz gegründete „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit“, die durch öffentliche Sitzungen sowie Reden und Flugschriften wirkte und Verbindungen zu ähnlichen Gesellschaften unterhielt.⁸ Zu erneuten Gründungen politischer Vereine kam es dann gegen Ende der Napoleonischen Kriege. Zu nennen sind hier die 1814 entstandenen „Deutschen Gesellschaften“, die von Ernst Moritz Arndts antinapoleonischem und nationalistischem Gedankengut beeinflusst waren. Neben einer dezidiert nationalen Ausrichtung verfolgten die „Deutschen Gesellschaften“ bereits auch freiheitliche Ziele. Zu den frühen Vereinen mit nationalistischer Ausrichtung zählen außerdem die Turnvereine, die auf die von Friedrich Ludwig Jahn 1811 gegründete Berliner Turngesellschaft zurückgingen.⁹ In mehreren Städten entstanden „Bürgervereine“ oder „Bürgergesellschaften“, die oppositionelle Kandidaten für Wahlen aufstellten, und Zeitungen, die als Sprachrohr der politischen Opposition gegen die Regierungen dienten.¹⁰

Spätestens seit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 und aufgrund zahlreicher Verbote in den Mitgliedstaaten des Deutschen Bundes konnten Organisationen, die politische Ziele verfolgten, nicht mehr offen auftreten und Zeitungen unterlagen der Zensur.¹¹ Dennoch boten die unterschiedlichen

7 Vgl. Richard van Dülmen: Die Gesellschaft der Aufklärer. Zur bürgerlichen Emanzipation und aufklärerischen Kultur in Deutschland. Frankfurt a. M. 1986; am Beispiel der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg Sigrid Schambach: Aus der Gegenwart die Zukunft gewinnen. Die Geschichte der Patriotischen Gesellschaft von 1765. Hamburg 2004.

8 Vgl. Franz Dumont: Die Mainzer Republik von 1792/93. Studien zur Revolutionierung in Rheinhessen und der Pfalz. 2. Aufl. Alzey 1993.

9 Vgl. Karin Luys: Die Anfänge der deutschen Nationalbewegung von 1815 bis 1819. Münster 1992; Dieter Düding: Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängerbewegung für die deutsche Nationalbewegung. München 1984; Dieter Langewiesche: „...für Volk und Vaterland kräftig zu wärken...“ Zur politischen und gesellschaftlichen Rolle der Turner zwischen 1811 und 1871. In: Ommo Grupe (Hrsg.): Kulturgut oder Körperkult? Sport und Sportwissenschaft im Wandel. Tübingen 1990, S. 22–61.

10 Am Beispiel Stuttgart vgl. Raimund Waibel: Frühliberalismus und Gemeindewahlen in Württemberg (1817–1855). Das Beispiel Stuttgart. Stuttgart 1992, S. 249 f., 266–274, 280–282. Zu Rückschlägen und Verboten ebd., S. 299–304. Am Beispiel von Esslingen Carola Lipp: Verein als politisches Handlungsmuster. Das Beispiel des württembergischen Vereinswesens von 1800 bis zur Revolution 1848–1849. In: Étienne François (Hrsg.): Geselligkeit, Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Frankreich, Deutschland und der Schweiz, 1750–1850. Paris 1986, S. 275–297, hier S. 282–286.

11 Zur Zensur im Vormärz vgl. Clemens Zimmermann: Literaturverhältnisse II: Presse, Journalismus, Zensur im Vormärz. In: Norbert Otto Eke (Hrsg.): Vormärz-Handbuch. Bielefeld 2020, S. 465–472, hier S. 469–471; Gabriele B. Clemens: Zensur, Zensoren und Kommunikation

rechtlichen Rahmenbedingungen in den Einzelstaaten immer wieder die Grundlage für Vereine, die insgeheim politische Zielsetzungen verfolgten.

Im Gefolge der französischen Julirevolution von 1830 trat die politische Opposition dann erneut offen auf. So ermöglichte die öffentliche Parteinahme für die Bestrebungen zur Selbstbestimmung anderer Nationen auch die Propagierung vergleichbarer politischer Ziele im eigenen Land. Besonders stark war die Anteilnahme für den Unabhängigkeitskampf der Polen gegen das zaristische Russland seit November 1830. Vor allem nach der Niederschlagung des Aufstandes 1831 entstand in Deutschland eine Welle der Hilfsbereitschaft für die in die Emigration nach Frankreich durchziehenden polnischen Soldaten. Um deren Verpflegung und Versorgung zu organisieren, wurden zahlreiche Unterstützungsvereine gegründet, darunter auch viele Frauenvereine. Bekannte liberale Persönlichkeiten initiierten oder unterstützten solche Vereinsgründungen.¹²

Indem Vereine im politischen Raum Stellung bezogen, entwickelten sie in einigen deutschen Regionen eine Dynamik der Mobilisierung, der programmatischen Schärfung und der Organisationsentwicklung. So stellte der „Preß- und Vaterlandsverein“ von 1832/33 bereits einen „relativ weit entwickelten Prototyp einer Parteiorganisation“¹³ dar, der etwa 5.000 Mitglieder zählte, auch Angehörige klein- und unterbürgerlicher Schichten ansprach und liberale sowie demokratische Ziele verfolgte. Bald bildeten sich Zweigvereine, die die oppositionelle Presse und ihre Redakteure unterstützten und für die Verbreitung seiner politischen Ziele sorgten. Mit der Fokussierung auf die Pressefreiheit griff er eine zentrale Forderung der liberal-demokratischen Bewegung des Vormärz auf, die auch Bestandteil von Forderungskatalogen der Märzrevolution von 1848 wurde. Aufgrund

tionskontrolle als europäische Phänomene. Zwischenbilanz und Problemstellung. In: Dies. (Hrsg.): Zensur im Vormärz. Pressefreiheit und Informationskontrolle in Europa. Ostfildern 2013, S. 9–22.

- 12 Vgl. u.a. Jan Kosim: Der polnische Aufstand von 1830 im Spiegel der deutschen Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Demokraten. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 35 (1986), S. 29–41; Eberhard Kolb: Polenbild und Polenfreundschaft der deutschen Frühliberalen. Zu Motivation und Funktion außenpolitischer Parteinahme im Vormärz. In: Saeculum 26 (1975), S. 111–127; Joachim Kermann: Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Hambacher Festes. Speyer 1981; Gabriela Brudzyńska-Němec: Polenvereine in Baden. Hilfeleistung süddeutscher Liberaler für die polnischen Freiheitskämpfer 1831–1832. Heidelberg 2006; Dieter Langewiesche: Humanitäre Massenbewegung und politisches Bekenntnis. Polenbegeisterung in Südwestdeutschland 1830–1832. In: Dietrich Beyrau (Hrsg.): Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutsche in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 1999, S. 11–38.
- 13 Cornelius Foerster: Der Preß- und Vaterlandsverein von 1832/33. Sozialstruktur und Organisationsformen der bürgerlichen Bewegung in der Zeit des Hambacher Festes. Trier 1982, S. 181. Vgl. auch Langewiesche: Frühliberalismus (wie Anm. 6), S 100 f.

der verschärften staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen als Reaktion auf das Hambacher Fest war den vormärzlichen politischen Organisationsversuchen jedoch keine Dauer beschieden. Insbesondere durch die Bundesbeschlüsse vom 28. Juni 1832 („Sechs Artikel“) und 5. Juli 1832 („Zehn Artikel“) wurden politische Vereine auf dem Gebiet des ganzen Deutschen Bundes systematisch unterdrückt.¹⁴

Bereits unmittelbar nach Zusammentreten der konstitutionellen Landtage sind im territorial zersplitterten Kommunikationsraum zwischen Rhein, Neckar und Main auch briefliche und persönliche Kontakte zwischen Abgeordneten verschiedener Länder nachweisbar, wobei offenbar berufliche und familiäre Verbindungen den Anstoß gaben. Da Absprachen zwischen Abgeordneten häufig verboten waren, mussten die Politiker heimlich vorgehen.¹⁵ Solche Netzwerke oppositioneller Politiker verstetigten sich auf Initiative des badischen Landtagsabgeordneten Johann Adam von Itzstein, der seit Beginn der 1830er Jahre auf seinem Gut Hallgarten oberhalb von Oestrich-Winkel im Rheingau regelmäßige und immer größere Treffen von oppositionellen Politikern aus verschiedenen deutschen Staaten organiserte.¹⁶ Hier trafen sich sowohl Konstitutionelle wie Heinrich von Gagern,

14 Vgl. Ernst Rudolf Huber (Hrsg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Bd. 1: Deutsche Verfassungsdokumente, 1803–1850. 3. Aufl. Stuttgart 1978, S. 132–135.

15 Vgl. Wolf-Heino Struck: Über interparlamentarische Beziehungen im mittelrheinisch-hessischen Raum zu Beginn des konstitutionellen Lebens. Ein Brief des nassauischen Volkskammerpräsidenten Herber an einen Mainzer Abgeordneten von Hessen-Darmstadt (1821). In: Archiv für hessische Geschichte und Altertumskunde, N.F. 32 (1974), S. 371–401, hier S. 384, 386 f.; Ewald Grothe: „Die Bande des Vertrauens zwischen uns und unserm Volk immer fester zu knüpfen...“ Neue Wege zur Erforschung der südwestdeutschen und hessischen Landtage im Vormärz. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 156 (2020), S. 471–481, hier S. 472 f.; zur Bedeutung politischer Korrespondenz für die politische Opposition vgl. Jürgen Herres/Manfred Neuhaus: Politische Netzwerke durch Briefkommunikation. Briefkultur der politischen Oppositionsbewegungen und frühen Arbeiterbewegungen im 19. Jahrhundert. Berlin 2002.

16 Vgl. u.a. Wolfgang Klötzer: Um Freiheit und deutsche Einheit. Unbekannte Itzsteinbriefe aus dem Vormärz. In: Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. und 20. Jahrhundert, hrsg. von Paul Wentzcke, Bd. 1. Heidelberg 1957, S. 119–155; Birgit Bubbies-Godau: Johann Adam von Itzstein (1775–1855). In: Walter Schmidt (Hrsg.): Akteure eines Umbruchs. Männer und Frauen der Revolution von 1848/49, Bd. 3. Berlin 2010, S. 303–357; Hans-Peter Becht: Badischer Parlamentarismus 1819 bis 1870. Ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution. Düsseldorf 2009, S. 438, 460 f., 589–591; Wolfgang Klötzer: Johann Adam von Itzstein. Zur Rheingauer Säkularfeier seines Todestags. In: Nassauische Annalen 67 (1956), S. 262–264; Grothe: Bande des Vertrauens (wie Anm. 15), S. 478 f.; Wolfgang Klötzer: Die Hallgartener Versammlungen. Auf dem Weg zur Frankfurter Nationalversammlung. In: Bernd Heidenreich (Hrsg.): Hessen 1848. Zur Vorgeschichte der Revolution. Wiesbaden 1998, S. 52–60; Josef Roßkopf: Johann Adam von Itzstein. Ein Beitrag zur Geschichte des badischen Liberalismus. Diss. Mainz 1954; Siegfried Schmidt: Der Hallgarten-Kreis 1839–47. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe 13 (1964), 2,

August Hergenhahn und Daniel Bassermann, als auch Demokraten wie Friedrich Hecker und Robert Blum. Seit 1845 traf sich der Kreis erstmals auch in Leipzig.¹⁷ Die Heppenheimer Tagung vom 10. Oktober 1847, an der liberale Landtagsabgeordnete mehrerer Länder teilnahmen, fand bereits im unmittelbaren Vorfeld der Revolution von 1848/49 statt.¹⁸

Die länderübergreifenden Netzwerke der Oppositionspolitiker dienten der Diskussion und der Verständigung über politische Fragen, der Klärung und Profilierung politischer Standpunkte und Ziele sowie der Verabredung abgestimmter Aktionen und einer gemeinsamen politischen Strategie. Auf diese Weise entstand im kleinen Kreis eine liberale Agenda mit Zielen wie Pressefreiheit, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverfahren, Verfassungen und ein gesamtdeutsches Parlament, die später Teil der Märzforderungen des Jahres 1848 wurden.¹⁹ Für die Vermittlung dieser Ziele in die Fläche waren Vereine und Zeitungen erforderlich. Trotz Zensur und staatlicher Überwachung bestanden bereits im Vormärz Zeitungen mit liberaler Ausrichtung, die in der Regel ebenfalls auf den Netzwerken ihrer Mitarbeiter beruhten. Das bekannteste Beispiel war die „Deutsche Zeitung“, die seit 1847 von einem Kreis liberaler Politiker gegründet wurde.²⁰

Erst zu Beginn der 1840er Jahre wurden in einigen deutschen Staaten die Vereinsverbote allmählich gelockert, allerdings unter strengen Auflagen. Eine wichtige Rolle für die Breitenwirkung der Bewegung spielten Gesangs- und Turnvereine, die auch nationale und liberale Ziele verfolgten. Sie knüpften früh überregionale Kontakte und feierten grenzüberschreitende Feste. Die Turnvereine breiteten sich rasch zu einer der großen Massen-

S. 221–228; Siegfried Schmidt: Hallgarten-Kreis (HK) 1839–1846. In: Dieter Fricke (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). Bd. 3: Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften – Reichs- und freikonservative Partei. Köln 1985, S. 81–83.

17 Vgl. Schmidt: Hallgarten-Kreis 1839–47 (wie Anm. 16).

18 Vgl. Roland Hoede: Die Heppenheimer Versammlung vom 10. Oktober 1847. Frankfurt a. M. 1997; Dieter Hein: Vom Gemeinde- zum Elitenliberalismus. Die Heppenheimer Versammlung. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 10 (1998), S. 9–31. Ein „quasi außerordentliches Treffen des Hallgartenkreises“, so Becht: Badischer Parlamentarismus (wie Anm. 16), S. 590, war die Heppenheimer Versammlung allerdings nicht. Der von Becht angeführte Brief von Itzsteins an Robert Blum vom 11.11.1847, BArch, N 2029 (Nachlass Robert Blum), in Teilen abgedruckt bei Klötzner: Um Freiheit (wie Anm. 16), S. 153 f., belegt aufgrund der deutlichen Ablehnung Hallgartens durch den Kreis der Einladenden das Gegenteil.

19 Grundlegend waren hierfür insbesondere die „Forderungen des Volkes in Baden“ der Offenburger Versammlung vom 12. September 1847, vgl. Sylvia Schraut u.a. (Hrsg.): Menschenrechte und Geschichte. Die 13 Offenburger Forderungen des Volkes von 1847. Stuttgart 2015.

20 Ulrike von Hirschhausen: Liberalismus und Nation. Die Deutsche Zeitung 1847–1850. Düsseldorf 1998, S. 21–68. Als Überblick vgl. Zimmermann: Literaturverhältnisse II (wie Anm. 11); Jörg Requate: Literaturverhältnisse III: Journalismus. In: Eke (Hrsg.): Vormärz-Handbuch (wie Anm. 11), S. 473–482.

bewegungen des Vormärz aus, so dass deren Zahl Mitte/Ende 1847 auf rund 300 mit insgesamt 80.000 bis 90.000 Mitgliedern geschätzt wurde.²¹ Das Schwergewicht dieser neuen Turnvereinsgründungen lag diesmal in den süd- und mitteldeutschen Staaten. Es bildete sich eine breite oppositionelle Bewegung, die insbesondere in den kommunalen Gremien in Städten und Gemeinden verankert war. So wurden beispielsweise in die Bürgerausschüsse württembergischer Kommunen Repräsentanten der Opposition gewählt.²² Paul Nolte sprach am Beispiel der Liberalen in den badischen Kommunen von einem „Gemeindoliberalismus“.²³

Wenig erforscht ist die wichtige Rolle wirtschaftspolitischer Vereine für die politische Opposition im Vormärz: Prominente liberale und demokratische Persönlichkeiten nahmen Positionen in Eisenbahngesellschaften, Handels- und Gewerbevereinen sowie in Landwirtschaftlichen Vereinen ein und vertraten dort wirtschaftspolitische Anliegen der Mitglieder. Berühmt wurde die Präsidentschaft Heinrich von Gagerns im Landwirtschaftlichen Verein für Rheinhessen. Die rheinhessischen Gewerbevereine wurden zu oppositionellen Foren, so dass staatliche Behörden sogar mit deren Auflösung drohten.²⁴ In Württemberg war es der 1840 gegründete Oberschwäbische Landwirtschaftliche Verein, dessen Versammlungen 1846/47 verboten wurden, und auch den 1843 gegründeten privaten Handelskammern stand die Regierung kritisch gegenüber.²⁵ Für das Rheinland, für Frankfurt am

21 Düding: Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus (wie Anm. 9), S. 233.

22 Waibel: Frühliberalismus (wie Anm. 10), S. 304–309.

23 Paul Nolte: Gemeindoliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831–1855. In: Historische Zeitschrift 252 (1991), S. 57–93. Dem Leitbild eines angeblichen Republikanismus widerspricht dagegen Lipp auf der Grundlage intensiver Quellenstudien, vgl. Carola Lipp: Zum Zusammenhang von lokaler Politik, Vereinswesen und Petitionsbewegung in der Revolution 1848/49. Eine Mikrostudie zu politischen Netzwerken und Formen der Massenmobilisierung in der politischen Kultur der Revolutionsjahre. In: Esslinger Studien 36 (1997), S. 211–269, hier S. 218.

24 Vgl. Michael Wettenengel: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der Freien Stadt Frankfurt. Wiesbaden 1989, S. 45 f.

25 Wolf-Dieter Hepach: Ulm im Königreich Württemberg 1810–1848. Wirtschaftliche, soziale und politische Aspekte. Ulm 1979, S. 143 f. Außerdem waren Liberale in Württemberg in Gewerbevereinen vertreten. Erst 1854/55 wurden Handelskammern hier offiziell zugelassen, vgl. Michael Wettenengel: Revolution und Petitionen in Ulm 1848/49. Hintergründe und Verlauf der Revolution von 1848/49 und die Ulmer Petitionen an die Deutsche Nationalversammlung. Ulm 2022, S. 73–75; vgl. zu den Gewerbevereinen und der „Gesellschaft für die Beförderung der Gewerbe“ in Württemberg Carola Lipp: Württembergische Handwerker und Handwerkervereine im Vormärz und in der Revolution 1848/49. In: Ulrich Engelhardt (Hrsg.): Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert. Stuttgart 1984, S. 347–380, hier S. 350–352; Lipp: Verein (wie Anm. 10), S. 287 f.; zu den wirtschaftspolitischen Aktivitäten liberaler württembergischer

Main und Nassau ist das Ineinandergreifen von wirtschaftlicher Selbstorganisation und liberal-demokratischer Bewegung ebenfalls nachweisbar.²⁶

Religiöse Fragen und Diskurse waren im Vormärz von erheblicher Bedeutung. Insbesondere dissente religiöse Vereinigungen, wie Deutschkatholiken und Freireligiöse, besaßen im Vormärz und in der Revolutionszeit eine große Nähe zu liberalen und demokratischen Haltungen. Ein Beispiel dafür sind die Bestrebungen zur Schaffung einer einheitlichen deutschen Kirche mit Synodalverfassung im Frankfurter „Montagskränzchen“, in dem sich Liberale und Demokraten seit dem Vormärz zusammenfanden.²⁷

Nur angedeutet werden kann an dieser Stelle die zentrale Rolle des Betätigungsfelds Bildung. Durch Lesegesellschaften oder Bildungsvereine für Gesellen oder Arbeiter sollten gerade auch unterbürgerliche Schichten erreicht und politisiert werden.²⁸ Nach 1848 wurden Arbeiterbildungsvereine vor allem von radikaldemokratischen Akteuren gegründet. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auch auf die konspirativen Ableger der Auslandsvereine und Geheimbünde, die zur Entstehung sozialistischer und radikaldemokratischer politischer Bewegungen wesentlich beitrugen.²⁹

Abgeordneter auch Herbert Wiegandt: Bürgerzeit im Zwiespalt. Konrad Dieterich Haßler, 1803 bis 1873. Von der Politik zur Denkmalpflege. Ulm 1998, S. 31–37.

- 26 Vgl. Ralf Roth: Liberalismus in Frankfurt a. M. 1814–1914. Probleme seiner Strukturgeschichte. In: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert. München 1995, S. 41–85, hier S. 68–71; Rudolf Boch: Grenzenloses Wachstum? Das rheinische Wirtschaftsbürgertum und seine Industrialisierungsdebatte 1814–1857. Göttingen 1991, S. 33–41, 85–88, 177–204.
- 27 Vgl. Friedrich Wilhelm Graf: Die Politisierung des religiösen Bewußtseins. Die bürgerlichen Religionsparteien im deutschen Vormärz: Das Beispiel des Deutschkatholicismus. Stuttgart 1978; Jörn Brederlow: „Lichtfreunde“ und „Freie Gemeinden“. Religiöser Protest und Freiheitsbewegung im Vormärz und in der Revolution von 1848/49. München/Wien 1976; Langewiesche: Frühliberalismus (wie Anm. 6), S. 110–114; zum „Montagskränzchen“ vgl. Wettenengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 205 f.; zu Frauen in freireligiösen Gemeinden Sylvia Paletschek: Frauen und Dissens. Frauen im Deutschkatholicismus und in den freien Gemeinden 1841–1852. Göttingen 1990.
- 28 Jürgen Schmidt: Politische und literarische Gruppenbildungen IV: Arbeiterbildungsvereine. In: Eke (Hrsg.): Vormärz-Handbuch (wie Anm. 11), S. 274–280; Jürgen Schmidt: Brüder, Bürger und Genossen. Die deutsche Arbeiterbewegung zwischen Klassenkampf und Bürgersgesellschaft 1830–1870. Bonn 2018, S. 161–171; Klaus Tenfelde: Lesegesellschaften und Arbeiterbildungsvereine. Ein Ausblick. In: Otto Dann (Hrsg.): Lesegesellschaften und bürgerliche Emanzipation. Ein europäischer Vergleich. München 1981, S. 253–274; Paul Röhrlig: Volksbildung, I. Erwachsenenbildung. In: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. III: 1800–1870. München 1987, S. 334–361.
- 29 Vgl. zu den sozialistischen und kommunistischen Auslandsvereinen Joachim Höppner/Waltraud Seidel-Höppner: Der Bund der Geächteten und der Bund der Gerechtigkeit. In: Helmut Reinalter (Hrsg.): Politische Vereine, Gesellschaften und Parteien in Zentraleuropa 1815–1848/49. Frankfurt a. M. 2005, S. 89–153; Martin Hundt: Geschichte des Bundes der Kommunisten 1836–1852. Frankfurt a. M. 1993; Schmidt: Brüder (wie Anm. 28), S. 103–361.

In vielen Städten bildeten sich vorgeblich unpolitische Vereine oder informelle Vereinigungen, in denen sich Wortführer und Anhänger der Opposition heimlich zusammenfanden.³⁰ Ein Beispiel für solche Vereine war das bereits genannte „Montagskränzchen“, dessen Statuten von 1845 den Vereinszweck als „neben geselliger Unterhaltung, Förderung jeden geistigen Fortschritts, namentlich auf dem religiösen Gebiete, und zwar [...] innerhalb der gesetzlichen Schranken“ bezeichnete.³¹ Bereits im Mai 1848 wandelte sich das „Montagskränzchen“ in einen politischen Verein um, der zeitweise bis zu 1.000 Mitglieder zählte und dem mehrere führende liberale und demokratische Persönlichkeiten der Stadt angehörten.³²

In Wiesbaden bestand um den späteren nassauischen Märzminister August Hergenhahn seit 1846/47 ein vorgeblich literarisches Kränzchen, in dem mehrere liberale Persönlichkeiten vertreten waren.³³ In den rheinischen Städten Köln, Mainz und Düsseldorf entwickelte sich in den 1840er Jahren ein politischer Karneval, der die Obrigkeit dem öffentlichen Spott preisgab. Populäre Persönlichkeiten der Opposition wie Franz Raveaux in Köln, Franz Zitz in Mainz und Hugo Wesendonck in Düsseldorf waren im Vormärz Protagonisten des politischen Karnevals, der in Düsseldorf 1844 sogar zum Verbot des „Allgemeinen Vereins der Karnevalsfreunde“ führte.³⁴

Die Opposition trat bereits in den Jahren vor der Revolution vielerorts aus der Tarnung und dem Verborgenen heraus und agierte offen. Mehrere Bürgervereine vor allem im Südwesten wagten es, Wahlvorschläge zu Kommunal- und Landtagswahlen zu veröffentlichen. So bestand seit 1838 in Ulm eine „Bürgergesellschaft“ im Spangenbergschen Kaffeehaus, der führende Persönlichkeiten der Oppositionsbewegung angehörten. Bald

151; Wolfgang Schieder: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830. Stuttgart 1963.

30 Vgl. allgemein Wolfgang Hardtwig: Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789–1848. In: Otto Dann (Hrsg.): Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland. München 1984, S. 11–54, hier S. 26–39.

31 BArch, DB 54/72 (RMI), fol. 222r; vgl. Wet tengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 107–109, 205 f.

32 Ralf Roth: Stadt und Bürgertum in Frankfurt a. M.. Ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgerschaft 1760–1914. München 1996, S. 408, 419; Wet tengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 44, 205 f.

33 Vgl. Nassauische Allgemeine Zeitung, Nr. 106 vom 18.7.1848; Wolf-Heino Struck: Das Streben nach bürgerlicher Freiheit und nationaler Einheit in der Sicht des Herzogtums Nassau. Ein Beitrag zur Beurteilung der Entscheidung von 1866. In: Nassauische Annalen 77 (1966), S. 142–216, hier S. 169.

34 Dietmar Niemann: Die Revolution von 1848/49 in Düsseldorf. Düsseldorf 1993, S. 47 f. Vgl. zur Rolle des Karnevals für die Vermittlung politischer Ideen James M. Brophy: Popular Culture and the Public Sphere in the Rhineland, 1800–1850. Cambridge 2007, S. 171–215.

wurde sie zum kommunal- und gewerbepolitischen Forum. 1841 und 1844 wurden aus den Reihen der Bürgergesellschaft Kandidaten für Kommunalwahlen und Landtagswahlen empfohlen.³⁵ In Esslingen existierte seit 1831 ein liberaler Bürgerverein, in dem politische Fragen diskutiert und Kandidatenlisten für Kommunalwahlen erstellt wurden, die Reutlinger Bürgergesellschaft wurde bereits 1828 gegründet und entwickelte sich ebenfalls zum Sammelbecken der Opposition.³⁶ In Mainz konstituierte sich 1846 ein „Bürgerverein zur Erhaltung der rheinhessischen Institutionen“, der sich als Interessenvertretung der regionalen Bevölkerung für den Erhalt der aus der Zeit der Zugehörigkeit zu Frankreich stammenden rechtlichen und institutionellen Verhältnisse einsetzte und regelmäßige Versammlungen organisierte. Über ihn wurde rückblickend geschrieben:

„Man hielt nämlich zu selbiger Zeit [1847 in Mainz] schon eine Reihe von ‚Bürgerversammlungen‘ ab, bei denen man freilich nicht ahnte, daß sie das Vorspiel der späteren Volksversammlungen werden sollten. In den Verhandlungen dieser Clubs ward je mit dem Gange der landständischen Verhandlungen, die zu Darmstadt über die rheinhessischen Gesetze gepflogen wurden, Schritt gehalten, und natürlich in ganz anderer Weise entschieden als in Darmstadt. Der Ort der Zusammenkunft wurde jedesmal gewechselt, um die Polizei nicht auf die Spur kommen zu lassen, und aus demselben Grunde setzte man die Teilnehmer nur in mündlicher Überlieferung von dem jedesmaligen Versammlungslocale in Kenntniß.“³⁷

Seit Ende der 1830er Jahre vollzog sich auch in der Presselandschaft der südwestdeutschen Staaten eine deutliche Politisierung. Wahlempfehlungen wurden seit den 1840er Jahren zunehmend in Zeitungen abgedruckt. Die Opposition konnte auch durch ein dichtes Korrespondentennetz an Einfluss gewinnen, und liberale und demokratische Stimmen wurden in der politischen Öffentlichkeit immer stärker.³⁸ Dies und die Wahlkreispflege

35 Hepach: Ulm (wie Anm. 25), S. 145–147.

36 Carola Lipp: Frauen und Öffentlichkeit. Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation im Vormärz und in der Revolution 1848. In: Dies. (Hrsg.): Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Bühl-Moos 1986, S. 270–307, hier S. 273; Lipp: Zusammenhang (wie Anm. 23), S. 215 f.; dies.: Verein (wie Anm. 10), S. 282–286; zu Reutlingen: Silke Knappenberger-Jans: Forschungen und Quellen zur Reutlinger Stadtgeschichte in der Revolution 1848/49. Eine Dokumentation des Stadtarchivs Reutlingen. In: Reutlinger Geschichtsblätter N.F. 38 (1999), S. 9–429, hier S. 46–49.

37 Anonym [vermutlich Karl Ferdinand Dräxler (-Manfred)]: Hessen-Darmstadt in seiner neuesten politischen Entwicklung. In: Die Gegenwart, Bd. 5. Leipzig 1850, S. 478–511, hier S. 482.

38 Vgl. als Überblick Zimmermann: Literaturverhältnisse II (wie Anm. 11), S. 471. Zu Baden ausführlich Becht: Badischer Parlamentarismus (wie Anm. 16), S. 527–535; Manfred Hörner: Die Wahlen zur badischen zweiten Kammer im Vormärz (1819–1847). Göttingen 1987, S. 390–403, 418; zu Württemberg Wolfgang Kaschuba/Carola Lipp: 1848 – Provinz und Re-

durch liberale und demokratische Landtagsabgeordnete dürften Ursachen für die Aufsehen erregenden Wahlsiege der Opposition im Großherzogtum Baden 1846 und im Großherzogtum Hessen 1847 gewesen sein.

Schon im Vormärz waren unterschiedliche politische Richtungen erkennbar, doch erst in der Revolutionszeit konnten sie sich organisatorisch voll entfalten. Die politischen Vereine der Revolution von 1848/49 entstanden daher nicht voraussetzungslös. Sie bildeten sich nach Ausbruch der Revolution meist aus bereits bestehenden Vereinen und informellen Zirkeln oder aus in den Märztagen einberufenen Volksversammlungen und Komitees im kommunalen Umfeld. Nun trennten sich konstitutionelle Liberale und Demokraten, aber auch der Konservatismus, der politische Katholizismus und Sozialisten strebten eigene Organisationen an.³⁹

2. Vereinsbasis und Abgrenzungen liberaler und demokratischer Vereine

Das politische Vereinswesen beruhte auf der Organisationsform der freien Assoziation als „freier organisatorischer Zusammenschluss von Personen“ zu selbstgewählten Zwecken und beabsichtigte, sich mit öffentlichen Angelegenheiten zu befassen und dadurch politisch zu positionieren.⁴⁰ Politische Vereine strebten die Mitwirkung an der politischen Willensbildung und das öffentliche Werben für die eigenen politischen Ziele an. Gerade für liberale und demokratische Vereine bildeten die öffentliche Mobilisierung von Wählern oder Anhängern und der öffentliche Diskurs zentrale Aktionsfelder. Ohne freie Erörterung politischer Fragen waren politische Vereine dauerhaft nicht möglich. Sie traten daher in der Öffentlichkeit auf und standen Interessierten für einen Beitritt prinzipiell offen.

Mit diesem Grundsatz der Öffentlichkeit politischer Vereine korrespondierte das Eintreten liberaler und demokratischer Politiker für Pressefreiheit und für Öffentlichkeit der Sitzungen von Gemeindegremien und der Verhandlungen in Parlamenten. Politische Vereine sind deshalb trotz vieler

volution. Kultureller Wandel und soziale Bewegung im Königreich Württemberg. Tübingen 1979, S. 142–146.

39 Ausführlich hierzu Wet tengel: Parteibildung (wie Anm. 1); Langewiesche: Anfänge (wie Anm. 1).

40 Thomas Nipperdey: Verein als soziale Struktur im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert. In: Ders.: Gesellschaft, Kultur, Theorie. Göttingen 1976, S. 174–205, hier S. 174; Michael Wet tengel: Politische und literarische Gruppenbildungen I: Politische Parteien, Vereine, Assoziationen. In: Eke (Hrsg.): Vormärz-Handbuch (wie Anm. 11), S. 248–256.

Überschneidungen in der Zielsetzung, der Mitgliedschaft und der Organisationsgeschichte von Geheimbünden grundsätzlich zu unterscheiden, da diese gerade nicht öffentlich auftraten und in der Regel eine selektive Aufnahme von Mitgliedern vornahmen. Auch von gruppenspezifischen Organisationen, beispielsweise studentischen Vereinigungen wie den Burschenschaften, waren sie prinzipiell verschieden, da sie von ihrem Anspruch her ganz ausdrücklich nicht auf eine kleine exklusive Gruppe beschränkt sein wollten.

Liberale und demokratische Vereine strebten die Integration weiterer Bevölkerungskreise in den politischen Meinungsbildungsprozess an.⁴¹ Über das Ausmaß dieser Integration gab es aber in den Vereinen sehr unterschiedliche Vorstellungen und eine differenzierte Praxis. Liberal-konstitutionelle Vereine in mittleren und größeren Städten setzten sich in der Revolutionszeit großteils aus den städtischen Honoratioren, hier insbesondere aus Handwerksmeistern, Kaufleuten und Fabrikbesitzern, dann aus Ärzten und Anwälten, Gymnasiallehrern, Universitätsprofessoren sowie aus höheren Staatsbeamten und Offizieren zusammen. Diese bürgerlichen Kreise dominierten das konstitutionell-liberale Vereinswesen, in dem allerdings auch Angehörige kleingewerblicher Berufsgruppen und Angestellte, in Ausnahmefällen auch unterbürgerlicher Schichten Mitglied sein konnten.⁴² Hohe Mitgliedsbeiträge und vornehme Versammlungslokale sorgten jedoch vielfach für gehobene soziale Homogenität. Dies wurde von manchen Liberalen durchaus als Problem angesehen. So beklagte der Journalist Wilhelm Heinrich Riehl mit Blick auf den konstitutionellen Verein in Wiesbaden: Statt zu versuchen, auch die ärmere Bevölkerung für seine Überzeugungen zu gewinnen,

„wanderte der Verein in die vornehmen Hotels, wohin ihm der Aermere nicht folgen konnte. So hielt es der Vermögendere nicht der Mühe werth oder gar unter seiner Würde, sich neben dem Lumpen seinen Platz zu suchen.“⁴³

41 Dies galt im Grundsatz auch für konstitutionell-liberale Vereine, vgl. Hartwig Gebhardt: Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49. Hamburg 1974, S. 16 f.

42 Zur politischen Basis liberaler Vereine vgl. ebd., S. 163–166; Wet tengel: Parteibildung (wie Anm. 1), S. 723 f.; am Berliner Beispiel Rüdiger Hachtmann: Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution. Bonn 1997, S. 277, 281–283; Wet tengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 379–394. Als Beispiel für einen Verein, der auch Angehörige unterbürgerlicher Schichten integrierte: Der Konstitutionell-monarchische Verein in Darmstadt, ebd., S. 381 f.

43 Nassauische Allgemeine Zeitung, Nr. 118 vom 30.7.1848; ähnlich auch Nassauische Allgemeine Zeitung, Nr. 82 vom 23.6.1848.

Die Orte, an denen Vereine ihre Sitzungen abhielten, konnten somit abgrenzend oder einladend wirken. Kleinere Vereine konnten ihre Zusammenkünfte in den Privaträumen von Mitgliedern einberufen, größere mussten dagegen Saalbauten oder Fruchthallen mieten. Sehr verbreitet waren Räume in Gastwirtschaften, die sowohl von Demokraten als auch von Liberalen genutzt wurden. Es ist hier möglicherweise kein Zufall, dass Gastwirte überproportional häufig als Vereinsmitglieder nachweisbar sind.⁴⁴

Es gab aber deutliche Unterschiede: Während städtische konstitutionell-liberale Vereine dazu neigten, sich in Restaurants und Hotels zu treffen, waren bei den Demokraten eher einfache Wirtschaften Vereinslokale. Nicht selten hielten demokratische Vereine vor allem auf dem Land, manchmal aber auch in Städten, ihre Versammlungen im Freien ab, wo bewusst auch eine breite Öffentlichkeit einbezogen werden konnte. Dies wurde in konstitutionell-liberalen Vereinen schon deswegen nicht praktiziert, um die Vorherrschaft der meist aus Honoratioren, Beamten und Bildungsbürgern bestehenden Vereinsvorstände nicht zu gefährden. Daher mussten häufig Vereinssitzungen von den Vorständen eigens einberufen werden oder die Beschlussfähigkeitsgrenzen wurden bewusst hoch angesetzt. Eine Beherrschung oder Übernahme des Vereins durch Demokraten sollte häufig auch dadurch verhindert werden, dass die in der Revolutionszeit verbreiteten Doppelmitgliedschaften in anderen politischen Vereinen in den Statuten konstitutionell-liberaler Vereine untersagt wurden.⁴⁵

Die soziale Struktur der demokratischen Konkurrenz war in der Revolutionszeit insgesamt breiter. In demokratischen Vereinen und in den mit ihnen verbundenen Arbeitervereinen zählten Handwerksgesellen zur Masse der Mitglieder, daneben Lohnarbeiter, Gastwirte und Kleinhändler. Den demokratischen Vereinen traten auch bürgerliche Kreise bei, hier beispielsweise Handwerksmeister und selbstständige Handwerker, Anwälte, Kaufleute, Journalisten, Ärzte, Lehrer und jüngere Beamte, so dass auch eine Schnittmenge mit dem konstitutionell-liberalen Vereinswesen bestand.⁴⁶ Vor allem aber die ländliche Bevölkerung beteiligte sich 1848/49 in einem beachtlichen Umfang an demokratischen Vereinen, während die Liberalen in dörflichen Gemeinden nur selten Vereine gründeten, dies meist auch nicht anstrebten. Die bedeutende Rolle der ländlichen Vereine für die de-

44 Vgl. u.a. Wet tengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 241, 249, 291 f., 299, 308, 334.

45 Gebhardt: Revolution (wie Anm. 41), S. 17 f.

46 Wet tengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 305–322; Jonathan Sperber: Rhineland Radicals. The Democratic Movement and the Revolution of 1848–1849. Princeton 1993, S. 223–253; Werner Boldt: Die württembergischen Volksvereine von 1848 bis 1852. Stuttgart 1970, S. 133–138.

mokratische Bewegung wurde erst in der neueren Forschung gewürdigt.⁴⁷ Vereine in Dörfern waren in besonderem Maße von der Aktivität lokaler Akteure abhängig. Zu ungelernten Arbeitern, Industriearbeitern und Tagelöhnnern war allerdings auch in demokratischen und Arbeitervereinen häufig ein sozialer Abstand festzustellen. Dies kann einerseits auf soziokulturellen Unterschieden beruhen, also beispielsweise auf fehlendem Interesse bei ungelernten Arbeitern, sich an einem Verein zu beteiligen, oder aber auf Abgrenzung gerade auch handwerklicher Berufsgruppen gegenüber Personen, denen die Ehrbarkeit abgesprochen wurde. Diskriminierungen aus religiösen Gründen waren im politischen Vereinswesen der Revolutionszeit sehr selten. Angehörige der jüdischen Minderheit finden sich, soweit sie sich politisch engagierten, sowohl im konstitutionell-liberalen als auch im demokratischen Vereinswesen.⁴⁸

Im demokratischen Vereinswesen insgesamt, vor allem in den demokratischen Turnvereinen, waren die Mitglieder in der Regel jünger als bei den konstitutionellen Liberalen. Jüngere „Intellektuelle“, beispielsweise akademisch gebildete Journalisten, Beamtenanwärter, Anwälte und Lehrer, gelangten in Führungspositionen demokratischer Vereine. Durch ihre Vereinsarbeit, ein oft charismatisches Auftreten bei Volks- und Vereinsversammlungen und durch publizistische Tätigkeit gewannen sie politischen Einfluss und Unterstützer. Aufgrund ihrer oft ungesicherten beruflichen Situation wurden sie von Riehl spöttisch als „Proletarier der Geistesarbeit“ bezeichnet.⁴⁹ Für Deutschland gehörte die Revolutionszeit zur Entstehungsphase für die Herausbildung des radikaldemokratischen Intellektuellen.⁵⁰ In dörflichen demokratischen Vereinen hatten vor allem Volksschul-

47 Zu konstitutionellen Vereinen auf dem Land und konstitutionellen Filialgründungen Gebhardt: Revolution (wie Anm. 41), S. 158–160; Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 363–367. Zur Beteiligung der ländlichen Bevölkerung in demokratischen Vereinen vgl. Dieter Langewiesche: Die Agrarbewegungen in den europäischen Revolutionen von 1848. In: Jürgen Heideking/Gerhard Hufnagel/Franz Knipping (Hrsg.): Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag für Gerhard Schulz. Berlin 1989, S. 275–289; am württembergischen Beispiel Nikolaus Back: Dorf und Revolution. Die Ereignisse von 1848/49 im ländlichen Württemberg. Ostfildern 2010, S. 146–172, 249–278; an hessischen Beispielen Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 286–305.

48 Dies ist für die Staaten im Rhein-Main-Raum nachgewiesen, siehe Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 390–394; zu den wenigen Beispielen von Diskriminierungen in Vereinen ebd., S. 321 f. Vgl. am Berliner Beispiel Hachtmann: Berlin (wie Anm. 42), S. 525–529.

49 Wilhelm Heinrich Riehl: Die bürgerliche Gesellschaft. 2. Aufl. Stuttgart/Tübingen 1854, S. 305; vgl. auch ders.: Die Proletarier der Geistesarbeit (1847/51). Hrsg. von Jürgen Schüddekopf. Hamburg 1947; Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 310 f.; Hachtmann: Berlin (wie Anm. 42), S. 276.

50 Vgl. Rainer Lepsius: Kritik als Beruf. Zur Soziologie der Intellektuellen. In: Ders.: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990, S. 270–285, und die Arbeiten von Leonore O’Boyle:

lehrer Führungspositionen. „Kein Berufsstand hat sich in ländlichen Gebieten so stark als Vereinsvorsitzende oder Schriftführer engagiert wie die Dorfsschullehrer“, urteilte Nikolaus Back über die Revolution von 1848/49 im ländlichen Württemberg.⁵¹

Ausgeschlossen von einer aktiven Mitgliedschaft waren in der Regel Frauen. Im demokratischen politischen Spektrum waren sie in manchen Vereinen als Zuhörerinnen bei Vereinssitzungen und -veranstaltungen akzeptiert, wenn die Geschlechterpolarität und die rollenspezifische Verhaltenszuweisung an Frauen gewahrt blieben. Ludwig Bamberger berichtete über die Praxis im Mainzer demokratischen Verein:

„Im Verlauf der Zeit führten wir auch den Brauch ein, daß das weibliche Element Zutritt hatte [...]. Die Damen saßen auf den vordersten Bänken, der Estrade des Vorstandes und der Rednerbühne zunächst. Aktiv beteiligten sie sich nicht an den Verhandlungen, aber ihre passive Assistenz leistete doch das ihrige.“⁵²

Im liberal-konstitutionellen Vereinswesen traten Frauen meist nur bei Feiern und größeren Veranstaltungen auf, oder sie beteiligten sich an Spenden- und Sammelaktionen zu karitativen Zwecken, zugunsten des einheimischen Gewerbes oder für nationale Ziele, beispielsweise für eine deutsche Kriegsflotte oder für die deutschen Soldaten in Schleswig-Holstein.⁵³

Das Interesse vieler Frauen an politischer Mitwirkung war jedoch größer. Dies zeigen nicht nur die Tagebuchaufzeichnungen der liberalen Saillonière und Frankfurter Bürgerin Clotilde Koch-Gontard, die Heinrich

The Problem of an Excess of Educated Men in Western Europe, 1800–1850. In: *Journal of Modern History* 42 (1970), S. 471–495; dies.: *The Image of the Journalist in France, Germany, and England, 1815–1848*. In: *Comparative Studies in Society and History* 10 (1968), S. 290–317; dies.: *Die demokratische Linke in Deutschland 1848*. In: Dieter Langewiesche (Hrsg.): *Die deutsche Revolution von 1848/49*. Darmstadt 1983, S. 261–277.

51 Back: Dorf (wie Anm. 47), S. 250. In Württemberg waren 21 Prozent der führenden Persönlichkeiten der Volksvereine in den Oberamtsstädten Lehrer, in den dörflichen Vereinen zählten die Volksschullehrer sogar zu den häufigsten Führungspersönlichkeiten, vgl. Nikolaus Back: *Revolution in Württemberg 1848/49. Schwaben im politischen Aufbruch*. Karlsruhe 2014, S. 93 f. Zur sozialen Lage der Volksschullehrer in Württemberg vgl. Back: Dorf (wie Anm. 47), S. 165–167. Bedauerlicherweise wird in Teilen der Literatur aufgrund methodischer Mängel und unzureichender Kenntnis der Forschungsliteratur die Aktivität von Lehrern in der Revolutionszeit unterschätzt. Nach wie vor liefert Thomas Nipperdey: *Volksschule und Revolution im Vormärz. Eine Fallstudie zur Modernisierung*. In: Ders.: *Gesellschaft, Kultur, Theorie. Gesammelte Aufsätze zur neueren Geschichte*. Göttingen 1976, S. 206–227, die beste und zutreffendste Gesamtdarstellung über die Rolle der Lehrer in der Revolution von 1848/49.

52 Ludwig Bamberger: *Erinnerungen*, hrsg. von Paul Nathan. Berlin 1899, S. 80.

53 Vgl. u.a. Gisela Mettele: *Frauen in Bewegung? Die Kölnerinnen in der Revolution von 1848/49*. In: Stephan Lennartz/Georg Mölich (Hrsg.): *Revolution im Rheinland. Veränderungen der politischen Kultur 1848/49*. Bielefeld 1998, S. 217–225.

von Gagern nahestand und sich im Juni 1848 darüber beklagte, dass Frauen in der Politik nur eine passive Rolle zugestanden wurde: „Ich habe es in den letzten Zeiten recht schmerzlich empfunden, nur eine Frau sein zu müssen, die das Zusehen hat, und doch mit Gefühl und Tatkraft im Leben begabt ist.“⁵⁴ Sie bot Gagern an, seine Politik auch als Informantin und durch ihre Vermittlungstätigkeit zu unterstützen, da sie wie „wohl kein Mann“ Möglichkeiten habe und „das Sandkorn womöglich genutzt werde für die große Sache.“⁵⁵ Obgleich Koch-Gontard wie viele andere Frauen als Gesprächs- und Korrespondenzpartnerinnen von liberalen Politikern geschätzt wurden, ging Gagern auf dieses Angebot nicht ein. Die Revolution von 1848/49 politisierte auch Frauen, und viele von ihnen wollten aktiv politisch mitwirken, doch selbst von Liberalen und Demokraten wurde das weibliche Engagement in der Politik häufig abgelehnt.

Weibliche Handlungsfelder wurden in der Revolutionszeit größer als zuvor. Zu den neuen und auch für viele Liberale irritierenden Phänomenen gehörte die Gründung von dezidiert politischen Frauenvereinen. Bereits im Vormärz hatte es Frauenvereine gegeben, die durch ihre karitative Arbeit nationale und liberale Ziele förderten, wie etwa die Unterstützungsvereine für die Polen. Nach Ausbruch der Revolution 1848 kam es zu einer quantitativen Zunahme und einer Erweiterung der Tätigkeitsfelder von Frauenvereinen. Diese unterstützten in vieler Hinsicht die politischen Bestrebungen und nahmen eine komplementäre Funktion wahr. Dabei entstanden nicht selten auch Freiräume für eigene Aktivitäten: Die Frauen organisierten sich förmlich mit Statuten, Vorständen und Tagesordnungen. Außerdem sollen in den Sitzungen demokratischer Frauenvereine auch politische Zeitungen gelesen und aktuelle Themen diskutiert worden sein. Sogar Frauenturnvereine entstanden.⁵⁶ Auch in dörflichen Gemeinden sind Frauenvereine nachweisbar, und Frauen beteiligten sich an ländlichen

54 Wolfgang Klötzer (Bearb.): Clotilde Koch-Gontard an ihre Freunde. Briefe und Erinnerungen aus der Zeit der deutschen Einheitsbewegung 1843–1869. Frankfurt a. M. 1969, S. 64.

55 Ebd., S. 80. Vgl. neuerdings zu Clotilde Koch-Gontard Helma Brunck: Clotilde Koch-Gontard (1813–1869). Salonnière, Unternehmerin und Zeugin einer bewegten Zeit. Darmstadt 2023.

56 Vgl. u.a. Gabriella Hauch: Frauen-Räume in der Männer-Revolution 1848. In: Dowe/Haupt/Langewiesche: Europa (wie Anm. 1), S. 841–914, hier S. 853–864; Lipp: Frauen (wie Anm. 36); Eva Kuby: Politische Frauenvereine und ihre Aktivitäten 1848 bis 1850. In: Lipp: Schimpfende Weiber (wie Anm. 36), S. 248–269; Sylvia Paetschek: Frauen im Umbruch. Untersuchungen zu Frauen im Umfeld der deutschen Revolution von 1848/49. In: Beate Fieseler/Birgit Schulz (Hrsg.): Frauengeschichte gesucht – gefunden? Köln 1991, S. 47–64. Zum Frauenturnverein in Frankfurt a. M. vgl. u.a. Michael Wettengel: Revolution von 1848/49 in Hessen. Die hessischen Staaten, Nassau, Waldeck und Freie Stadt Frankfurt. Wiesbaden 2022, S. 163.

Volksversammlungen.⁵⁷ Vielfach waren freireligiöse Frauen unter den Vereinsgründerinnen, die in ihren religiösen Gemeinden eine freiere und gleichberechtigtere Rolle gewöhnt waren.⁵⁸

Allerdings gehörte die politische Gleichberechtigung von Frauen meist nicht zu den Zielen von Frauenvereinen. Nur einzelne Frauen, wie die aus Sachsen stammende Luise Otto-Peters, die seit 1849 die „Frauen-Zeitung“ herausgab, und die Darmstädterin Louise Dittmar, setzten sich für eine größere Gleichberechtigung von Frauen ein, die sie mit der Forderung nach gesellschaftlichen Reformen verbanden.⁵⁹ Die Kritik von Dittmar und anderen Frauen richtete sich insbesondere gegen die schlechteren Bildungschancen von Frauen und gegen die untergeordnete rechtliche Stellung von Frauen in der Ehe.⁶⁰

In der Revolutionszeit blieben Frauen die aktiven Bürgerrechte und das Wahlrecht verwehrt; es begann aber unverkennbar die Teilnahme von Frauen an den männlichen politischen Aktionswelten und eine Diskussion über die politische Teilhabe und rechtliche Stellung der Frau. Durch das Scheitern der Revolution brach diese Entwicklung zunächst ab. Ein Beleg dafür, dass die Emanzipation der Frau noch Jahre später mit der Revolution von 1848/49 verknüpft wurde und wie sehr traditionelle Rollenbilder dadurch in Frage gestellt wurden, war das 1854 erstmals erschienene veränderungsfeindliche Buch „Die Familie“. Sein Verfasser Riehl war in der Revolutionszeit selbst noch ein konstitutioneller Liberaler, wandelte sich aber zum Konservativen.⁶¹ Sinnbildlich für die Bedrohung durch die Revolution von 1848/49 waren für ihn die „Frauenclubs“ der Revolutionszeit und die

57 Vgl. Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 303 f., 318 f.

58 Sylvia Paetschek: Frauen und Dissens (wie Anm. 27).

59 Zu Louise Otto-Peters vgl. den Beitrag von Susanne Schötz in diesem Band, außerdem u.a. Ute Gerhard/Elisabeth Hannover-Drück/Romina Schmitter (Hrsg.): „Dem Reich der Freiheit werb' ich Bürgerinnen“ Die „Frauen-Zeitung“ von Louise Otto. Frankfurt a. M. 1979; Susanne Schötz: Politische Partizipation und Frauenwahlrecht bei Louise Otto-Peters. In: Hedwig Richter/Kerstin Wolff (Hrsg.): Frauenwahlrecht. Demokratisierung der Demokratie in Deutschland und Europa. Hamburg 2018, S. 187–220; zu Louise Dittmar vgl. Christine Nagel: „In der Seele das Ringen nach Freiheit“ – Louise Dittmar. Emanzipation und Sittlichkeit im Vormärz und in der Revolution 1848/49. Königstein/Ts. 2005.

60 Louise Dittmar: Das Wesen der Ehe. Nebst einigen Aufsätzen über die soziale Reform der Frauen. Leipzig 1849.

61 Zu Wilhelm Heinrich Riehl vgl. u.a. Jasper von Altenbockum: Wilhelm Heinrich Riehl 1823–1897. Sozialwissenschaft zwischen Kulturgeschichte und Ethnographie. Köln 1994; Peter Steinbach: Wilhelm Heinrich Riehl. In: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.): Deutsche Historiker. Bd. VI. Göttingen 1980, S. 37–54.

Emanzipation der Frau, die er als eine „Auflehnung der verfeinerten Frauen wider die geschichtliche Familie und Gesellschaft“ ansah.⁶²

3. Aktionsformen und Handlungsfelder

Die politischen Vereine bündelten die wichtigen Aktionsformen politischer Bewegungen, indem sie Volksversammlungen veranstalteten, Petitionen verfassten, politische Bildungsarbeit leisteten, Öffentlichkeitsarbeit betrieben, Kandidaten zu Wahlen aufstellten und den Wahlkampf organisierten. Die Vereinssitzungen verliefen regelmäßig und nach parlamentarischem Vorbild mit gewählten Vorständen, Tagesordnungen, Rechnungsprüfung und Rechenschaftsberichten. Bamberger berichtete über die Praxis selbst in kleinen demokratischen Vereinen Rheinhessens:

„Die Protokolle des demokratischen Vereins auf dem entlegensten Dorfe würden keinem Parlamente Schande machen. Die Zusammenkünfte der Abgeordneten der ländlichen Demokratenviere werden mit einem Takte abgehalten der wahrhaft überraschend ist.“⁶³

Eines der wichtigsten Ziele liberaler und demokratischer Vereine war die politische Bildungsarbeit. Die Demokraten waren dabei besonders aktiv. So wurde über den Demokratischen Verein in Mainz berichtet: „Unser Verein soll eine politische Bildungsschule im schönsten Sinne des Wortes werden, eine Schule, die keine Unterthanen, sondern freie, stolze Bürger schafft.“⁶⁴ Bildung galt als Schlüssel zur Lösung der vielfältigen Probleme der Zeit, die in einem Zusammenhang gesehen wurden.⁶⁵ Diese Wertschätzung der Bildung galt im Grundsatz auch für die liberal-konstitutionellen Vereine, die jedoch hierbei vergleichsweise wenig Initiativen entwickelten.⁶⁶ Diese insgesamt geringere Aktivität war ein generelles Problem liberal-konstitutioneller Vereine. Der Polizeiamtmann Wilhelm Reichmann, selbst später

62 Wilhelm Heinrich Riehl: *Die Familie*. Stuttgart/Augsburg 1855, S. 67. Vgl. zur Verknüpfung weiblicher Emanzipation und Revolution bei Konservativen Lipp: *Frauen* (wie Anm. 36), S. 301; Hachtmann: Berlin (wie Anm. 42), S. 520–522.

63 Mainzer Zeitung, Nr. 339 vom 27.12.1848.

64 *Der Demokrat*, Nr. 5 vom 14.5.1848.

65 Vgl. Wet tengel: *Revolution* (wie Anm. 24), S. 328.

66 Vgl. zur Bedeutung der Bildung bei konstitutionell-liberalen Vereinen Gebhardt: *Revolution* (wie Anm. 41), S. 16; Wet tengel: *Revolution* (wie Anm. 24), S. 107 f.

Mitglied des Vereins,⁶⁷ erklärte dies am Beispiel des Wiesbadener konstitutionell-liberalen Vereins so:

„Leider entwickelt dieser Verein, obgleich er von gleichen Vereinen im Herzogthum und außerhalb desselben Beweise der Uebereinstimmung bekommen hat, keine große Thätigkeit, eine Folge davon, daß er aus Mitgliedern besteht, welche mehr Behagen in der Ruhe als in der Bewegung finden, weil die Erstere ihren persönlichen Vortheilen mehr entspricht, wie die Letztere.“⁶⁸

Weit schärfter urteilte dies Riehl, ebenfalls Mitglied in diesem Verein. Für ihn war dies Ausdruck des Phlegmatismus des „Philisters“, des ausschließlich auf seine Geschäftsinteressen fixierten, ängstlichen residenzstädtischen Bürgers.⁶⁹

Neben der internen Verständigung und politischen Positionsbestimmung war die Tätigkeit aller politischen Vereine in starkem Maße auf die Öffentlichkeit gerichtet, wobei hier die lokale und regionale Öffentlichkeit im Vordergrund stand. Eine wichtige Aktionsform waren daher Bürger- und Volksversammlungen.⁷⁰ Waren diese vor allem zu Beginn der Revolution häufig spontan entstanden, so wurden sie im weiteren Verlauf der Revolutionszeit in der Regel von politischen Vereinen organisiert. Der Ablauf und das Ergebnis solcher Volksversammlungen wurden in vorbereitenden Sitzungen von Vereinsvorständen genau erarbeitet und durch öffentliche Aufrufe in Zeitungen, die Benennung von Versammlungsleitern, die Wahl geeigneter Versammlungsorte und durch im kleinen Kreis vorformulierte Resolutionen und Petitionen umgesetzt.

Hier kann durchaus von einem inszenatorischen Charakter der Volksversammlungen gesprochen werden. Ganz verhindern ließ sich jedoch nicht, dass eine Volksversammlung eine Eigendynamik entwickelte, die von den Initiatoren nicht vorgesehen war. Besonders dramatisch entwickelte sich die Volksversammlung auf der Frankfurter Pfingstweide am 17. September 1848, die von mehr als 10.000 Teilnehmern besucht wurde. Sie

67 Wilhelm Reichmann (1799–1870) war 1848 bis 1849 Stadtpolizeiamtmann in Wiesbaden und Justizrat, seit 1849 Staatsprokurator. 1849 war er Mitglied des konstitutionell-liberalen „Deutschen Vereins“ in Wiesbaden, vgl. Cornelia Rösner (Bearb.): Nassauische Parlamentarier. Ein biographisches Handbuch. Teil 1: Der Landtag des Herzogtums Nassau 1818–1866. Wiesbaden 1997, S. 139 f.

68 Hauptstaatsarchiv (HStA) Wiesbaden 246/151, Bericht vom 18.10.1848.

69 Nassauische Allgemeine Zeitung, Nr. 214 vom 19.11.1848; zum Begriff des „Philisters“ vgl. auch Riehl: Bürgerliche Gesellschaft (wie Anm. 49), S. 218–231.

70 Vor allem an Berliner Beispielen vgl. Manfred Gailus: Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens 1847–1849. Göttingen 1990, S. 398–406.

entglitt der Versammlungsleitung und führte zu einer Radikalisierung und Eskalation, die schließlich in den Frankfurter Septemberaufstand mündete.⁷¹

Die „Versammlungsdemokratie 1848“ war daher eng mit dem politischen Vereinswesen verwoben.⁷² Im „Übergangsfeld von spontaner Aktion und beginnender Organisiertheit“⁷³ spielten liberale und demokratische Vereine eine zentrale Rolle bei der Einhegung von Protesten und spontanen Bewegungen, aber auch bei der Mobilisierung und Lenkung von Volksversammlungen. Liberale und demokratische Politiker nutzten bereits im Frühjahr 1848 Volksversammlungen als Druckmittel zur Durchsetzung ihrer Ziele. Mit der zunehmenden Institutionalisierung und Legalisierung der Revolution wurden Volksversammlungen zum Instrument politischer Vereine, das gleichwohl das Restrisiko einer Eigendynamik in sich trug. Volksversammlungen wurden einberufen, um über politische Neuigkeiten zu informieren, Forderungen gegenüber Regierungen zu erheben. Volksversammlungen konnten daher auch den Charakter einer Demonstration oder eines Umzugs haben. In ländlichen Regionen besaßen Volksversammlungen eine außerordentliche Attraktivität und lockten nicht selten mehrere tausend Teilnehmer aus einer weiten Entfernung an. Für die Vermittlung geeigneter Redner, die dem Publikum die politischen Sachverhalte erklären konnten, sorgten oft die politischen Vereine benachbarter Städte. Mitunter waren die Grenzen zwischen Volksversammlungen und politischen Vereinen fließend. Regelmäßig stattfindende Volksversammlungen in Städten konnten den Charakter von „Straßenklubs“ erhalten.⁷⁴ In ländlichen Regionen entstanden vor allem demokratische Vereine als institutionalisierte, regelmäßig stattfindende Volksversammlungen, wie der „Bürgerverein an der unteren Weil“ im Herzogtum Nassau.⁷⁵

Mindestens ebenso wichtig wie die Volksversammlung selbst war für die politische Öffentlichkeit und die Vereine die ausführliche Berichterstattung

71 Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 270 f.

72 Wolfram Siemann: Versammlungsdemokratie 1848. In: Dowe/Haupt/Langewiesche: Europa (wie Anm. 1), S. 1007–1020.

73 Ebd., S. 1008 f.

74 Dieter Langewiesche: Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft. Forschungsstand und Forschungsperspektiven, Teil II. In: Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 331–443, hier S. 408 f.; Siemann: Versammlungsdemokratie (wie Anm. 72), S. 1015 f.; so z. B. der „Lindenklub“ in Berlin, vgl. Hachtmann: Berlin (wie Anm. 42), S. 631–634.

75 Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 291 f. Auch wenn konstitutionell-liberale Vereine hier weniger aktiv waren, so schätzten sie dennoch die Bedeutung von Volksversammlungen, vgl. als Beispiel den Vaterländischen Verein in Darmstadt, ebd., S. 107.

darüber in den Zeitungen, in denen auch die dort beschlossenen Petitionen abgedruckt wurden. Dies zeigt, wie eng die Handlungsfelder und Aktionsformen der Revolutionszeit miteinander verzahnt waren. Vor allem Petitionen bildeten für liberale und demokratische Vereine zentrale Instrumente der Mobilisierung ihrer Anhängerschaft, der politischen Einflussnahme, der Außenwirkung und der Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit. Das Petitionswesen wandelte sich in Deutschland im frühen 19. Jahrhundert zu einer politischen Aktionsform und einem Instrument der politischen Auseinandersetzung, das von der politischen Opposition genutzt wurde. Thomas Mergel spricht hier von einem „Funktionswandel der Petition im Vormärz“ und einem „Stück Massenpolitik avant la lettre“.⁷⁶

Kennzeichen dieser neuen Form des Petitions wesens waren die kollektive Verfasserschaft, das organisierte Sammeln von Unterschriften, die dezi diert politische oder verfassungsrechtliche Zielsetzung und der häufig for dernde Ton, mit dem die Wünsche des „Volkes“ mitgeteilt wurden. Die Re volution begann 1848 in den deutschen Staaten als eine Petitionsbewegung, bei der die „Märzforderungen“ mit Hilfe von „Sturmpetitionen“ durchge setzt wurden. In der Revolutionszeit wurden die Petitionen zu einem Massenphänomen, das die bisherigen Maßstäbe sprengte.⁷⁷ Die wichtigsten Initiatoren solcher Petitionen waren politische Vereine. In Zusammenarbeit mit Vereinen gleicher politischer Zielsetzung wurden Petitionskampagnen initiiert, bei denen oft länderübergreifend massenweise Unterschriften gesammelt wurden. Demokratische und liberale Vereine veröffentlichten ihre Petitionstexte in Zeitungen, um eine breitere Wirkung in der Öffentlichkeit

76 Thomas Mergel: Landtag als Lernprozess. Zur politischen Kultur des frühen deutschen Länderparlamentarismus. In: Blätter für deutsche Landesgeschichte 156 (2020), S. 439–469, hier S. 466. Eine systematische Untersuchung von Petitionen als wichtiger Quellengattung und des Wandels des Petitions wesens befindet sich in der deutschen Geschichtswissenschaft noch in den Anfängen, vgl. Wet tengel: Revolution und Petitionen (wie Anm. 25); Andreas Schulz: Demokratie praktizieren. Verein, Partei, Verband, Bewegung. In: Dominik Geppert/ Marie-Luise Recker/Andreas Wirsching (Hrsg.): Parlamentarismus in Deutschland von 1815 bis zur Gegenwart. Historische Perspektiven auf die repräsentative Demokratie. Düsseldorf 2022, S. 55–76, hier S. 57; Lipp: Zusammenhang (wie Anm. 23), S. 229–247, und den Tagungsbericht von Marion Dotter: „Allerunterthänigst unterfertigte Bitte“ – Inhalt, Form und Bedeutung von Bitschriften im langen 19. Jahrhundert, 10.-11.6.2021 digital (München). <<https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9033>> (3.1.2024). Als frühe Pionierstudie vgl. u.a. Heinrich Best: Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland. Göttingen 1980. Zum Petitions wesen gegenüber dem Deutschen Bund vgl. auch Marko Kreutzmann: Föderative Ordnung und nationale Integration im Deutschen Bund 1816–1848. Die Ausschüsse und Kommissionen der Deutschen Bundesversammlung als politische Gremien. Göttingen 2022.

77 Vgl. Johann Heinrich Kumpf: Petitionsrecht und öffentliche Meinung im Entstehungsprozess der Paulskirchenverfassung 1848/49, Frankfurt a. M./Bern/New York 1983, S. 146 f.; Best: Interessenpolitik (wie Anm. 76).

zu entfalten und um andere Vereine zur Nachahmung oder zur Beteiligung zu ermuntern.

Ein wichtiges Handlungsfeld liberaler und demokratischer Vereine war von Anfang an auch die organisierte Wahlwerbung. Nach den ersten Wahlen zur Nationalversammlung im Frühjahr 1848 rückten dabei Landtagswahlen und Kommunalwahlen, bald schon aber auch Nachwahlen zur Nationalversammlung in den Vordergrund. Von zentraler Bedeutung war für Liberale und Demokraten die Aufstellung geeigneter Kandidaten. Durch Absprachen und Übereinkünfte wurde versucht, sich auf einen Kandidaten zu einigen und eine Zersplitterung der Stimmen der potenziellen Wählerschaft zu verhindern. Populäre Kandidaten, die in einem Wahlkreis nicht zum Zuge kamen, wurden in einem anderen aufgestellt, da es beim passiven Wahlrecht nicht die Bindung von Wohn- und Wahlort gab. Im Verlauf der Revolutionszeit wurden Wahlorganisation und Wahlkampf perfektioniert: Vor den Wahlen wurden die Namen der Kandidaten in den Zeitungen veröffentlicht, zunehmend mit unterstützenden Kommentaren, und dieselben auf Volksversammlungen der Anhängerschaft vorgestellt. Bei indirekten Wahlen wurden „verlässliche“ Wahlmänner-Kandidaten der jeweiligen politischen Richtung benannt und in Wahlmänner-Versammlungen auf den jeweiligen Kandidaten eingeschworen. Die Kandidatenaufstellung erfolgte bei Kommunalwahlen durch den jeweiligen Ortsverein, bei Landtags- und Nachwahlen zur Nationalversammlung durch die Vereine des Wahlbezirks, die sich bei einer Delegiertenversammlung oder in einem Delegierten-Komitee auf eine Kandidatenliste einigten, die dann in den einzelnen Vereinen zur Abstimmung kam. Derjenige Kandidat auf der Liste mit den meisten Stimmen wurde für die Wahl nominiert und von den Vereinen der jeweiligen politischen Richtung im Wahlbezirk und von der Presse, die dieser politischen Richtung nahestand, unterstützt.

4. Zusammenschlüsse und Vereinsverbände

Politische Vereine entwickelten im Revolutionsalltag eine eigene Dynamik der Ausbreitung und der Knüpfung von Verbindungen zu Anhängern in benachbarten Gemeinden. Im regionalen Umfeld wurden so Filialen von Vereinen gegründet, oder es entstanden regionale Zusammenschlüsse von

Vereinen unter der Leitung von Vororten oder Hauptvereinen.⁷⁸ Besonders erfolgreich waren dabei die demokratischen Vereine, doch auch liberale Vereine gründeten Zweigvereine und schlossen sich zu Vereinsverbünden zusammen. Zwischen Hauptvereinen und Zweigvereinen bestand ein symbiotisches Verhältnis: Die Zweigvereine boten jenen Massenanhang in der Fläche, der die Wirksamkeit und Ausbreitung erhöhte. Die Hauptvereine vermittelten durch die politischen „Experten“ in ihren Vorständen und in den Parlamenten jenes Handlungswissen, das für die Erklärung und Einordnung komplexer Sachverhalte und für ein adäquates politisches Handeln erforderlich war.⁷⁹ Damit ermöglichten sie die Überwindung der lokalen Begrenztheit von Vereinen und der lokalen Erfahrungsräume. Eine besondere Vereinsstruktur bildeten sogenannte Bezirksvereine, die die Einwohner eines Wahl- oder Amtsbezirks in politische Aktivitäten einbinden und mobilisieren wollten.⁸⁰

Parallel zu diesen Vereinsgründungen und -verbindungen bildeten sich größere Zusammenschlüsse auf Provinzial- oder Landesebene, die meist von Vororten, oft aber auch bereits von zentralen Ausschüssen oder Komitees geleitet wurden. Auf diese Weise entstanden „Parteivereine“, lockere Parteiorganisationen mit föderalistischer Struktur, frühe Formen von Mitgliederparteien, die auf einer Massenbasis beruhten. Dies gelang vor allem den Demokraten.

Bald erforderte der Erfolg bei einer Wahl die Unterstützung der jeweiligen politischen Vereine im Wahlkreis, und zwischen den politischen Vereinen des Wahlbezirks und den Abgeordneten in Parlamenten, aber auch den Mitgliedern kommunaler Gremien, entstanden intensive Verbindungen. Die Provinzial- und Landesverbände spielten bei der Vermittlung zwischen Vereinen und Fraktionen oft eine wichtige Rolle. Besonders erfolgreich waren die demokratischen Vereine, die auch die größten und dichtesten Vereinsverbände auf Provinzial- und Landesebene zustande brachten, während die Liberalen hier deutlich weniger Vereine in der Fläche aufzuweisen

78 Vgl. u.a. Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 350–354, 364 f.; Walter Schmidt: Die schleisische Demokratie von 1848/49. Geschichte und Akteure. Halbbd. 1: Geschichte der schlesischen Demokratiebewegung. Berlin 2012, S. 114–116.

79 Zum Begriff des „Handlungswissens“ vgl. Tjark Wegner: Handlungswissen, Kommunikation und Netzwerke. Der Ulmer Rat im Konflikt mit geistlichen Einrichtungen (1376–1531), Ostfildern 2023, S. 37–41.

80 Vgl. zu Hessen-Darmstadt Wettengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 112 f.; zu Württemberg Back: Dorf (wie Anm. 47), S. 132–137, 242–249; zu Berlin Hachtmann: Berlin (wie Anm. 42), S. 634–641.

hatten.⁸¹ Insgesamt besaßen die Provinzial- und Landesverbände eine relativ lockere Organisationsstruktur.

Doch es gab Unterschiede: Zwar blieb auch bei den Demokraten die Unabhängigkeit der Einzelvereine gewahrt, doch war die Leitungsfunktion der demokratischen Vororte oder Zentralkomitees deutlicher ausgeprägt als bei den konstitutionellen Liberalen. Von entscheidender Bedeutung war bei Demokraten wie bei Liberalen die Autorität des jeweiligen Vororts. Wo der Vorort turnusmäßig wechselte, konnte dieser kaum mehr als geschäftsführende Kompetenzen haben, wo er aber dauerhaft den Vorsitz hatte und eine starke Stellung besaß, konnte der Vorort seine Auffassung gegenüber Vereinen im Provinzial- oder Landesverband durchsetzen und die Initiative ergreifen. Konstitutionell-liberale Provinzial- oder Landesverbände sind für das Frühjahr 1849 nachweisbar in Braunschweig, Sachsen, Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt und Nassau („Deutsche Vereine am Mittelrhein“), Baden, Württemberg und Bayern.

Bereits im Frühjahr 1848 kam es zu ersten Versuchen zur Bildung deutschlandweiter Zusammenschlüsse politischer Vereine. Die Initiativen gingen dabei einerseits von liberal-demokratischen Sammlungsvereinen aus, die eine Integration aller anstrebten, die die Märzrevolution unterstützt hatten, und eine Spaltung der liberal-demokratischen Bewegung verhindern wollten. Beispielhaft hierfür war die Initiative des Frankfurter „Montagskränzchen“ vom 9. Mai 1848.⁸² Andererseits entstanden gleichzeitig getrennte Bestrebungen zu Zusammenschlüssen von demokratischer und von konstitutionell-liberaler Seite.

Karl Theodor Bayrhoffer, zugleich Vorsitzender des demokratischen und des Arbeitervereins in Marburg, lud im Mai 1848 alle Vereine, die sich die soziale und demokratische Republik zum Ziel setzten, zu einem Kon-

81 Besonders dichte demokratische Vereinslandschaften bildeten Oberhessen, Rheinhessen, die Rheinpfalz, Sachsen, Thüringen und Franken, vgl. Wet tengel: Revolution (wie Anm. 24); Karsten Ruppert: Die politischen Vereine der Pfalz in der Revolution von 1848/49. In: Hans Fenske/Joachim Kermann/Karl Scherer (Hrsg.): Die Pfalz und die Revolution 1848/49. Bd. I. Kaiserslautern 2000, S. 57–242; Dieter Langewiesche: Die politische Vereinsbewegung in Würzburg und in Unterfranken in den Revolutionsjahren 1848/49. In: Jahrbuch für fränkische Landesforschung 37 (1977), S. 195–233; Rolf Weber: Die Revolution in Sachsen 1848/49. Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte. Berlin 1970, S. 251 f.; Julia Beez: Kleinstaat und Zentralgewalt. Die schwarzburgischen Fürstentümer in der Revolution von 1848/49. Petersberg 2023; Hans-Werner Hahn: Demokratische und liberale Vereinsbewegung in Thüringen 1848/49. In: Ders./Werner Greiling (Hrsg.), Die Revolution in Thüringen. Aktionsräume, Handlungsebenen, Wirkungen. Rudolstadt 1998, S. 223–250.

82 Wet tengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 108–110; Frankfurter Journal, Nr. 138 vom 18.5.1848.

gress nach Frankfurt am Main ein.⁸³ Dieser erste Demokratenkongress, der vom 14. bis 17. Juni 1848 unter Leitung des Abgeordneten der Nationalversammlung Julius Fröbel stattfand, bekannte sich zur republikanischen Staatsform und bildete einen wichtigen Meilenstein bei der Formierung einer demokratischen „Partei“. Seine Absicht, die demokratischen Vereine unter Leitung eines „Central-Ausschusses“ in Berlin zu organisieren und zu zentralisieren, scheiterte zwar, und auch der zweite Demokratenkongress, der vom 26. bis 30. Oktober 1848 in Berlin tagte, führte nicht weiter. Dennoch vermittelte der Kongress wichtige Impulse für eine demokratische Parteibildung, und auch auf die konstitutionellen Liberalen hatte der Kongress Auswirkungen.

Bei vielen konstitutionellen Liberalen löste der Demokratenkongress Ängste aus, da hierin der Versuch eines Gegenparlaments zur Nationalversammlung oder gar eines republikanischen Putschs gesehen wurde. Dies beförderte die Zusammenschlüsse konstitutionell-liberaler Vereine, die sich dezidiert gegen republikanische Bestrebungen richteten. Die früheste Initiative kam bereits am 10. April 1848 vom „Deutschen Verein“ in Leipzig.⁸⁴ Der erste Konstitutionelle Kongress tagte vom 22. bis 24. Juli 1848 in Berlin auf Initiative des dortigen „Konstitutionellen Klubs“. Ange-sichts des Konkurrenzverhältnisses zwischen dem Berliner Verein und dem „Deutschen Verein“ in Leipzig sowie programmatischer Differenzen kam es jedoch nicht zu dem beabsichtigten Zusammenschluss.⁸⁵ Erst der vom 3. bis 5. November 1848 auf Einladung des dortigen Bürgervereins in Kassel stattfindende Kongress liberal-konstitutioneller Vereine führte schließlich zur Gründung des „Nationalen Vereins“⁸⁶

Aufgrund der programmatischen Unbestimmtheit der Einladung nahmen zunächst auch demokratische Vereine teil, verließen die Versammlung jedoch, weil sie mit den dort gefassten Beschlüssen nicht einverstanden waren. Dem „Nationalen Verein“ schlossen sich etwa 160 liberale Vereine an, wobei allerdings die Mehrheit der konstitutionellen Vereine Österreichs,

83 Einladungsschreiben abgedruckt bei Gerhard Becker: Das Protokoll des ersten Demokratenkongresses vom Juni 1848. In: Jahrbuch für Geschichte 8 (1973), S. 379–405, hier S. 400–405; außerdem die Rundschreiben im Frankfurter Journal, 2. Beil. zu Nr. 157 vom 7.6.1848 u. ebd., 2. Beil. zu Nr. 162 vom 13.6.1848. Zum ersten Demokratenkongress vgl. Wettenberg: Revolution (wie Anm. 24), S. 188–196.

84 Gebhardt: Revolution (wie Anm. 41), S. 20–24.

85 Ebd., S. 35–42.

86 Kurze geschichtliche Darstellung der Gründung des Nationalen Vereins auf dem am 3., 4. und 5. Novbr. 1848 zu Cassel stattgehabten Congresse von Abgeordneten politischer Vereine Deutschlands. Kassel 1848; Gebhardt: Revolution (wie Anm. 41), S. 92–115.

Preußens und Bayerns fehlten.⁸⁷ Das politische Programm des „Nationalen Vereins“ war unbestimmt. Zwar verlangte die Mehrheit auf Antrag der sächsischen Vereine die Zustimmung zur konstitutionell-monarchischen Staatsform, doch als daraufhin ein Teil der Vereine seinen Austritt androhte, wurde darauf verzichtet. Kleinster gemeinsamer Nenner blieb das Bekenntnis zur Nationalversammlung, die gegen „anarchische“ wie „reactionäre“ Angriffe verteidigt werden sollte.⁸⁸ Die Organisationsstruktur des Vereinsverbands war auch im Vergleich mit liberalen Provinzial- und Landesverbänden sehr locker, Leitungskompetenzen besaß der Vorort Kassel nicht. Beschlüsse konnte nur der Kongress der Mitgliedsvereine fassen, die jedoch für die einzelnen Vereine nicht verbindlich waren. Zwischen Vereinen und Abgeordneten in Parlamenten bestanden lediglich persönliche, keine institutionalisierten Verbindungen.

Etwa zeitgleich schlossen sich angesichts des Erstarkens der konterrevolutionären Kräfte am 23. November 1848 in Frankfurt die Paulskirchen-Fraktionen Donnersberg, Deutscher Hof und Teile der Westendhall im „Centralmärzverein“ zusammen, um eine breite Sammlungsbewegung außerhalb des Parlaments zu schaffen.⁸⁹ Auch das Programm des „Centralmärzvereins“ blieb vage. Neben der Einheit und Freiheit Deutschlands wurde die Volkssouveränität zum Grundsatz erhoben, indem es hieß, man wolle

„die Berechtigung für das Gesamtvolk, wie für das Volk eines jeden einzelnen Landes, sich seine Regierungsform selbst festzusetzen und einzurichten, zu verbessern und umzugestalten, wie es ihm zweckdienlich erscheint, weil jede Regierung nur um des Volks willen und durch seinen Willen da ist. Wir wollen, daß die Verfassungen, welche der Gesamtstaat und die einzelnen deutschen Staaten sich geben, Bestimmungen enthalten, nach denen sie auf friedlichem, gesetzlichem Wege geändert und verbessert werden können.“⁹⁰

Darüber hinaus wurde zur Frage der Staatsform keine Stellung bezogen. Die koordinierenden und programmatischen Initiativen der Leitung des „Centralmärzvereins“ gingen weiter als die des „Nationalen Vereins“. Der „Centralmärzverein“ war eine Mischung aus Fraktionsausschuss und Ver-

87 Gebhardt: Revolution (wie Anm. 41), S. 96.

88 Kurze geschichtliche Darstellung (wie Anm. 86), S. 21.

89 Michael Wettengel: Der Centralmärzverein und die Entstehung des deutschen Parteiwesens während der Revolution von 1848/49. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 3 (1991), S. 34–81.

90 Abgedruckt in Werner Boldt: Die Anfänge des deutschen Parteiwesens. Fraktionen, politische Vereine und Parteien in der Revolution 1848. Darstellung und Dokumentation. Paderborn 1971, S. 114.

einsdachorganisation. Er hatte einen geschäftsführenden Vorstand aus Abgeordneten der Nationalversammlung, so dass eine feste institutionalisierte Verbindung zwischen den linken Fraktionen, den Vereinen und den Vereinsverbänden im Land bestand. Allerdings war auch hier die Vollversammlung der Mitgliedsvereine das letztlich entscheidungsbefugte Gremium, und die Mitgliedschaft bezog sich stets auf die Einzelvereine. Dem „Centralmärzverein“ schlossen sich vor allem gemäßigt demokratische Vereine und Vereinsverbände an. Er entwickelte sich zur größten Vereinsorganisation der Revolutionszeit und umfasste bis zum März 1849 mehr als tausend Vereine, denen etwa eine halbe Million Mitglieder angehört haben könnten.⁹¹ Viele Mitgliedsvereine nannten sich selbst „Märzvereine“, wodurch die Verbindung zum Centralmärzverein unterstrichen wurde. Mit seiner auf eine breite Öffentlichkeit gerichteten publizistischen Arbeit und seiner Mitgliederstärke besaß er bereits Charakterzüge einer modernen Mitgliederpartei auf Massenbasis.

Für die Herausbildung politischer Parteien war die politische Presse unentbehrlich. Die Einführung der Pressefreiheit nach der Märzrevolution 1848 hatte zu massenhaften Gründungen politischer Zeitungen geführt. Diese druckten Berichte über Vereinsveranstaltungen, Petitionen und Verlautbarungen politischer Vereine ab und dienten als „Organe“ von Parteivereinen. Sie dienten auf diese Weise der internen Kommunikation der Parteivereine, der Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit, der Wahlwerbung und der politischen Richtungsbestimmung innerhalb der „Parteien“. Die Zeitungen ermöglichten überhaupt erst dauerhafte Verbindungen zwischen Vereinen und die Entstehung parteiähnlicher Strukturen. In den meisten Fällen entwickelten sich Zeitungen aber erst im Laufe des politischen Differenzierungsprozesses zu Parteiorganen – wohl nicht zuletzt, weil dies in den Vereinshochburgen der Revolutionszeit auch wirtschaftliche Vorteile mit sich bringen konnte. Gelegentlich nahmen Zeitungen ihre Funktion als Organ eines bestimmten Vereins in das Titelblatt mit auf. Für einen Vereinsverband erwies es sich aufgrund der territorial geprägten Zeitungslandschaft als günstig, wenn er über mehrere Parteiorgane verfügte, da er auf diese Weise eine bessere Breitenwirkung erzielen konnte. Somit ermöglichten erst die Zeitungen die Schaffung parteiähnlicher Strukturen.

⁹¹ Wet tengel: Centralmärzverein (wie Anm. 89), S. 43.

Das Revolutionsjahr 1848 markierte damit auch die Anfänge der Partei-
presse in Deutschland.⁹² Zwar waren insgesamt die Demokraten erfolgrei-
cher bei der Pressearbeit, doch auch konstitutionelle Liberale erkannten
frühzeitig die Bedeutung der Zeitungen für die Parteibildung, wie der El-
berfelder Konstitutionelle Klub, der im Mai 1848 vorschlug, dass die Verei-
ne gleicher Tendenz durch gegenseitiges Abonnement ihrer Organe eine
„konstitutionell-monarchische Partei“ schaffen sollten.⁹³ Als „Parteiorgane“
konnten die Zeitungen aber auch die politische Richtung „ihres“ Vereins
durch ihre Berichterstattung beeinflussen. Es entstand vor allem im demo-
kratischen Spektrum der Typus des politischen Publizisten und Partefunk-
tionärs, der sich durch seine Tätigkeit in politischen Vereinen und als poli-
tischer Publizist für ein politisches Mandat qualifizierte.⁹⁴

5. Das politische Vereinswesen und der Liberalismus der Revolutionszeit – ein vorläufiges Fazit

In der Revolution von 1848/49 entwickelten sich die politischen Vereine zu
Kulminationspunkten des politischen Lebens vor Ort: Liberalismus als po-
litische Kraft manifestierte sich lebensweltlich im Revolutionsalltag in den
politischen Vereinen. Hier wurde erfahrbar, welche Ziele Liberale verfolg-
ten und wie sie sich zu strittigen Fragen positionierten. Politische Vereine
waren somit für Liberale und Demokraten von zentraler Bedeutung, wobei
vor allem drei Punkte festgehalten werden sollen:

(1) In den Vereinen entstanden demokratische und liberale „Gesin-
nungsgemeinschaften“, in denen sich in der Revolutionszeit die gemeinsa-
men politischen Anschauungen und Ziele herausbildeten.⁹⁵ Die Klärung
politischer Standpunkte brachte allerdings auch die Gefahr von Spaltungen
mit sich. Dies ereignete sich 1848 in vielen Vereinen, die sich in der Frage
der anzustrebenden Staatsform zwischen konstitutionellen Liberalen und
Demokraten spalteten, oder sie schlossen sich der einen oder anderen Rich-
tung an. Politische Vereine waren also nicht Orte der Harmonie, sondern
des Konflikts und des Austragens von gegensätzlichen politischen Anschau-

92 Langewiesche: Anfänge (wie Anm. 1), S. 335 f.; Ludwig Bergsträsser: Entstehung und Ent-
wicklung der Parteikorrespondenzen in Deutschland im Jahre 1848/49. In: *Zeitungswissen-
schaft* 8 (1933), 1, S. 12–25.

93 Wet tengel: Parteibildung (wie Anm. 1), S. 734.

94 Vgl. Wet tengel: Revolution (wie Anm. 24), S. 360–363.

95 Langewiesche: Frühliberalismus (wie Anm. 6), S. 115.

ungen. Hier lernten Liberale und Demokraten aber auch, Kompromisse einzugehen und einen Ausgleich zu suchen, um gemeinsame politische Ziele zu erreichen. Dafür stehen die Programmdiskussionen im „Nationalen Verein“ und im „Centralmärzverein“, wo die Mehrheiten auf allzu weitgehende Festlegungen in der Staatsformfrage verzichteten, um den Austritt von Vereinen zu verhindern und eine breite Sammlungsbewegung zu erreichen. Dies wurde auch heftig kritisiert, doch letztlich sind Kompromisse die Grundlage jeder Politik. Der politische Liberalismus als breitenwirksame politische Partei entstand nicht nur in Parlamenten, sondern ganz maßgeblich in politischen Vereinen und Netzwerken auf kommunaler und regionaler Basis.

(2) Liberalismus wurde vor Ort in den politischen Vereinen gelebt: Hier entstanden 1848/49 kommunikative Handlungsräume, in denen Handlungswissen vermittelt wurde und sich eine breite, selbst organisierende politische Öffentlichkeit entwickeln konnte. Durch die Verbindung von Vereinen untereinander und mit Parlamentsabgeordneten entfaltete sie sich und dehnte den Kreis staatsbürgerlicher Aktivität aus. In dem Vereinsnetz entstand auf diese Weise eine „bürgerliche Gesellschaft mit eigenen sozialen Normen und politischen Mitwirkungsansprüchen“.⁹⁶ In den demokratischen und den liberalen „Hochburgen“ erreichten die jeweiligen politischen Vereine einen oft erstaunlichen Mobilisierungsgrad und eine bemerkenswerte Mitgliederstärke. Dies galt vor allem für demokratische, aber auch für konstitutionell-liberale Vereine. So hatte Darmstadt mit seinen etwa 27.000 Einwohnern zwei konstitutionell-liberale Vereine, den „Konstitutionell-monarchischen Verein“ mit zeitweise fast 2.300 Mitgliedern und den „Vaterländischen Verein“ mit fast 400 Mitgliedern.⁹⁷ Trotz Doppelmitgliedschaften und möglicher auswärtiger Mitglieder trat in der Residenzstadt ein erheblicher Anteil der männlichen Bevölkerung diesen Vereinen bei.

(3) In den politischen Vereinen der Jahre 1848/49 wurden die organisatorischen Grundlagen gelegt für die Entstehung von frühen Formen politischer Parteien im liberalen und demokratischen Spektrum. In den Parteivereinen der Revolutionszeit, im „Centralmärzverein“ und dem „Nationalen Verein“, sind die Anfänge liberaler und demokratischer Parteibildung als Mitgliederparteien zu verorten. Dabei zeigte sich, dass die Demokraten wesentlich rühriger bei der „Parteiarbeit“ sowie erfolgreicher bei der Gründung von Vereinen und der Entwicklung von Vereinsverbänden waren.

⁹⁶ Ebd., S. 117.

⁹⁷ Wet Engel: Revolution (wie Anm. 24), S. 227–237, 379–403.

Von einer generellen liberalen Parteifeindlichkeit oder einem Phlegma liberaler Bürger kann man angesichts unbestreitbarer Erfolge nicht sprechen. Eher ist als Ursache darauf hinzuweisen, dass konstitutionelle Liberale in den meisten deutschen Staaten Minister und Regierungen stellten. Für sie bestand daher in geringerem Maße die Notwendigkeit, die Parteibildung in der politischen Öffentlichkeit voranzutreiben als für die Demokraten. Die Diskussionen um die Organisationsform einer konstitutionell-liberalen „Partei“ zeigen zudem, dass die Haltungen dazu kontrovers waren. Vor allem liberal-konstitutionelle Parlamentsabgeordnete standen Parteibildungen auf Massenbasis ablehnend gegenüber, denen sie einen Eingriff in die Rechte der Parlamente und mangelnde politische Sachkenntnis vorwarfen.⁹⁸ Zu sehr wurde das „Klubwesen“ mit Demokraten und Republikanern verbunden, deren Methoden man eigentlich bekämpfte. Der unglückliche Ausgang der Revolution ließ die konstitutionellen Liberalen ohnedies andere Wege suchen, um ihre Ziele zu erreichen.

Das Ende der Revolution und die nachfolgende Reaktionszeit bildeten einen tiefen Einschnitt, der die politische Kultur und den deutschen Liberalismus nachhaltig beeinflusste. Nicht nur die Verbote von politischen Vereinen, auch eine Abkehr von mitgliederbasierten Parteibildungen in liberal-konstitutionellen Kreisen waren eine Folge der gescheiterten Revolution. Der Weg zu Mitgliederparteien mit einer Massenbasis in Parteivereinen wurde unterbrochen und konnte erst lange Zeit später wieder beschritten werden. Der bürgerliche Republikanismus verschwand als eigenständige politische Kraft nach dem Scheitern der Revolution völlig. Dies galt auch für die in der Revolutionszeit noch vorhandene Anziehungskraft plebisziär-demokratischer Konzepte zur revolutionären Veränderung von Staat und Gesellschaft.⁹⁹

98 Gebhardt: Revolution (wie Anm. 41), S. 131–143.

99 Vgl. Andreas Biefang: Politisches Bürgertum in Deutschland. Nationale Organisationen und Eliten 1857–1868. Düsseldorf 1994, S. 43–45.